

KLEMENS LUDWIG

DIE OPFERROLLE

DER ISLAM UND
SEINE INSZENIERUNG



HERBIG

Klemens Ludwig

Die Opferrolle

Der Islam und seine
Inszenierung

Herbig

*Für sachkundige Begleitung, anregende Diskussionen,
wichtige Hinweise und Korrekturen bedanke ich mich ganz
herzlich*

*bei Atussa Azady, Monika Deimann-Clemens, Ralf Eilers,
Nikolaus Holz, Antje Ludwig, Collin Schubert, Barbara
Simon-Mick,
Christa Stolle, Wolfgang Wagner und Jeanette Wechsler*

Besuchen Sie uns im Internet unter

www.herbig-verlag.de

© für die Originalausgabe: 2011 F.A. Herbig
Verlagsbuchhandlung GmbH, München

© für das eBook: 2012 F.A. Herbig Verlagsbuchhandlung
GmbH, München

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Wolfgang Heinzl

Herstellung und Satz: VerlagsService Dr. Helmut
Neuberger

& Karl Schaumann GmbH, Heimstetten

eBook-Produktion: **GGP Media GmbH**, Pößneck

ISBN 978-3-7766-8111-6

Inhalt

Vorwort von Mina Ahadi

Persönliche Vorbemerkung

**Einführung: Der Islam - Opfer abendländischer
Arroganz?**

1 Tragende Werte?

Das Abendland und die islamische Welt

Exkurs: Die islamische Klassifikation der Menschheit

2 Wer pflegt die Opferrolle des Islam?

Exkurs: Opfer der US-Politik?

**3 Die Motivation hinter der Opferrolle -
die zukünftige Gestaltung Europas**

Exkurs: Semantische Kreuzzüge

4 Kampf der Kulturen und Krise der Moderne

Exkurs: Die kurze Blüte der Vielfalt

**5 »Ja, aber die Kreuzzüge ...« - Christen als Opfer
islamischer Expansion und Intoleranz**

Exkurs: Der erste systematische Völkermord

**Nachwort: Perspektiven für ein friedliches
Miteinander**

Anhang

Ausgewählte Literatur

Vorwort

von Mina Ahadi

Religion an der Macht – das kennzeichnet zahlreiche islamische Staaten. Es bedeutet Geschlechterapartheid und Kopftuchzwang und verursacht großes Leid für unser Leben, insbesondere für unser Leben als Frauen. Die Mehrheit der Menschen in der modernen Welt hat gegenüber diesem religiös begründeten Angriff auf unsere Lebensführung, auf unsere Gefühle und unsere Sexualität zu lange geschwiegen, selbst gegenüber den brutalsten Auswirkungen wie Steinigung, Todesstrafe, Ehrenmorde und andere religiös sanktionierte Traditionen, die in Staaten wie dem Sudan, dem Iran, dem Jemen, Saudi-Arabien, Somalia oder Afghanistan weitverbreitet sind.

Ich führe hier keine theoretische Debatte, ich berichte von ganz alltäglichen Erfahrungen. Deshalb kann ich Politiker und sogenannte Islamwissenschaftler, die dieses Elend ignorieren, verharmlosen oder schönfärben und damit auch noch Geschäfte machen, nicht länger akzeptieren.

Ich klage die Weltöffentlichkeit an, die aus falsch verstandener Toleranz zu wenig unternimmt, wenn Religionsfanatiker aus der Regierung mich angreifen und mehrere von meinen iranischen Leidensgenossinnen steinigen, weil wir es wagen, gegen deren Moralvorstellungen zu verstoßen.

Ich klage die Weltöffentlichkeit an, die Erniedrigungen und Gewalt gegenüber Apostaten hinnimmt und nicht protestiert, sondern versucht, alles zu verharmlosen und kleinzureden.

Angesichts der Globalisierung, die vor Weltanschauungen und Ideologien nicht haltmacht, muss auch die

undifferenzierte und unkritisch gewährte »Religionsfreiheit« überdacht und neu verhandelt werden. Ohne eine genaue Auseinandersetzung mit den Inhalten dürfen religiöse Lehren nicht länger ein Freifahrtschein für Menschenrechtsverletzungen sein. Die Duldung menschenverachtender religiöser Praktiken ist nicht etwa ein Indiz von Freiheit, sondern Beihilfe zur Bekämpfung der kulturellen Moderne, mit ihren Errungenschaften für alle Menschen. In einer modernen Welt dürfen Mord, Gewaltverbrechen und Vergewaltigung nicht hingenommen werden, und es stellt sich die Frage, wieso die Welt schweigt und zur Tagesordnung übergeht oder gar einer Politik das Wort redet, die auf eine Kapitulation vor gewaltbereiten Religionsfanatikern hinausläuft.

Besonders verzerrt wird die weltanschauliche Auseinandersetzung dadurch, dass ausgerechnet der politische Islam, der unnachgiebig und skrupellos seine Vorstellungen durchzusetzen versucht, schnell in die Rolle des Opfers schlüpft, wenn er auf Widerstand stößt und kritisiert wird. So gelingt es ihm auch noch, seinen Kritikern ein schlechtes Gewissen zu machen.

Dieses Phänomen greift Klemens Ludwig in dem vorliegenden Buch auf und dokumentiert es mit einer erdrückenden Zahl von Beispielen. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die Strategie des politischen Islam, die bisher zu wenig Beachtung gefunden hat. Ich wünsche dem Buch offene Herzen. Möge es konstruktive Debatten auslösen!

Mina Ahadi
International Committee against Execution
International Committee against Stoning

Persönliche Vorbemerkung

Meine erste Begegnung mit dem Islam fand nördlich des Polarkreises statt, wo man nicht unbedingt starke islamische Gemeinden vermutet. Es war im August 1977. Ich war als junger Student kurz zuvor zur »Gesellschaft für bedrohte Völker« gestoßen, die mir das Tor zur Welt geöffnet hat.

In jenem August fand in Kiruna im nordschwedischen Sapmi (Lappland) der Weltkongress der indigenen Völker statt – Multikultur im besten Sinne: Delegationen verschiedener nordamerikanischer Indianer, Ketchua und Aymara aus dem Andenhochland, Mapuche, die zu den Opfern der Pinochet-Diktatur in Chile gehörten, australische Aborigines, Vertreter der polynesischen Urbevölkerung Hawaiis, die ihre Inselkette nicht als 50. Staat der USA betrachten, und die Sami selbst gaben einen Eindruck von der Vielfalt derer, die vom Kolonialismus an den Rand gedrängt worden sind.

Daneben fiel eine Gruppe besonders auf. Ein paar junge schwarze Männer waren aus den USA angereist. Mit ihnen in Kontakt zu kommen war leicht, und schnell stellte sich heraus, dass es sich um Angehörige der Black-Muslim-Gemeinschaft handelte, bei denen sich alles um den Islam drehte: »Oh, du bist aus Deutschland? Wie ist der Islam bei euch verbreitet? Gibt es Moscheen? Wie viele?« Auf diese Art lief jedes Gespräch ab, das sie mit anderen führten – nur dass sie die Ländernamen austauschten.

Ich konnte nicht viel über den Islam in Deutschland sagen. In meinem heimatlichen Sauerland gab es keine Moscheen und der Religionsunterricht sah den Islam noch nicht vor. Insofern hatte ich keine konkrete Meinung. Der Islam war einfach ein unbeschriebenes Blatt für mich. Aber diese

Begegnung in Sapmi war der Anstoß zu einer intensiven Beschäftigung mit ihm, die mich in zahlreiche islamische Länder führte, insbesondere in Asien. Lange bevor es in Deutschland den »Tag der offenen Moschee« gab, habe ich in den 1980er-Jahren in Marawi im Süden der Philippinen ein islamisches Gotteshaus besucht.

Es ist jedoch der wachsende Einfluss des Islam in Europa, der mich letztlich zu diesem Buch bewegte: Es reflektiert eine über 30-jährige Auseinandersetzung mit dem Islam und erhebt den Anspruch, Fakten zu liefern, die verifizierbar und diskutierbar sind, sofern sie unvoreingenommen zur Kenntnis genommen werden. In diesem Sinne lädt es zur Debatte ein.

Einführung

Der Islam – Opfer abendländischer Arroganz?

Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland«, erklärte Bundespräsident Christian Wulff programmatisch in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit 2010. Dem stehen andere Schlagzeilen gegenüber: »Islamfeindlichkeit ist in Deutschland auf dem Vormarsch«; »Muslime fühlen sich unter Generalverdacht«; »Gefühl der Nicht-Akzeptanz und Frustration«; »ARD- und ZDF-Programm stärken Islam-Angst«; »Kampf dem Islam?«; »Feindbild Moslem«; »Feindbild Islam«. Oder: »Islamfeindlichkeit ist die gegenwärtig am meisten verbreitete Form von Rassismus«; »Wieder einmal stehen wir deutschen Muslime da wie Idioten«; »Früher waren es die Juden, heute sind es die Muslime«; »Alarmierend: Muslime fühlen sich ausgegrenzt«; »So seien die Muslime eben, beleidigt, rachsüchtig, unfähig zur ›Selbstkritik‹, unwandelbar, unverbesserlich – eben absolut böse«. Und zu guter Letzt: »In der Summe ist ein ganz erheblicher Teil der in Deutschland lebenden Muslime davon überzeugt, dass die Gemeinschaft der Muslime benachteiligt und schlecht behandelt wird.«

Das sind nur einige willkürlich herausgegriffene Schlagzeilen deutscher Medien oder Titel von Studien der letzten Jahre, mit denen das Bild vom Islam als Opferreligion festgeklopft wird. Dabei wird auch der Vergleich mit dem Schicksal der Juden, der zunächst für große Empörung gesorgt hat, immer

salonfähiger. Bemerkenswert ist, dass derartige Äußerungen nicht nur von Muslimen selbst getan werden, sondern auch von zahlreichen einflussreichen europäischen Intellektuellen, Theologen und Islamwissenschaftlern, darunter dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt, den Politikern Oskar Lafontaine und Jürgen Todenhöfer, dem Schriftsteller Günter Grass, den Theologen Hans Küng und Eugen Drewermann sowie dem Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. Auffällig an der Debatte ist zudem, wie gerne pauschaliert wird: »Der Westen« oder sogar »wir« sind kollektiv verantwortlich dafür, wenn Muslime sich als Opfer fühlen, ja letztlich werden »wir« für jede Gewalttätigkeit, jede misslungene Integration, jedes Bekenntnis zum Islamismus verantwortlich gemacht – »wir«, die abendländische Gesellschaft. Bezeichnend hierfür ist die Einschätzung des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten und Medien-Managers Jürgen Todenhöfer: »Ist es wirklich erstaunlich, dass Extremisten immer mehr Zulauf bekommen? Dass einige Menschen irgendwann zurückschlagen, wenn ihre Familien wieder und wieder von unseren Vernichtungsmaschinen niedergewalzt werden? (...) Wie soll die muslimische Welt an unsere Werte Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat glauben, wenn sie von uns nur Unterdrückung, Erniedrigung und Ausbeutung erlebt?« > Hinweis Er schreibt wirklich »nur«! Sonderbarerweise werden die gegen »uns« gerichteten Pauschalvorwürfe zumeist von denen erhoben, die sich vehement dagegen wehren, »den Islam« pauschal für seine Schattenseiten verantwortlich zu machen. Doch das Gebot der Stunde sollte doch sein, die für den Islam geforderte Differenzierung auf beiden Seiten gelten zu lassen. Muslime selbst nehmen die Opferrolle an: »Die Moslems sind die neuen Juden Europas«, meinte Faruk Sen, der Leiter des Instituts für Türkeistudien in Essen, den dieser Vergleich

seine renommierte Stelle gekostet hat. Das behauptete auch Shahid Malik, Staatssekretär im britischen Entwicklungshilfe- sowie Justizministerium und ranghöchster Moslem im Dienst Ihrer Majestät. Malik begründete seinen Vergleich damit, dass die Briten seit den Anschlägen auf die Londoner U-Bahn im Juli 2005 ein »enormes Misstrauen« gegenüber Muslimen zeigten. Auch im Zusammenhang der jüngst entbrannten Debatte um die Thesen des ehemaligen Bundesbank-Vorstands Thilo Sarrazin wurde immer wieder der Vorwurf der Islamfeindlichkeit seitens Muslimen und Nicht-Muslimen erhoben. Dabei hat sich Sarrazin zu der Religion als solcher gar nicht geäußert. Er unterstellt jedoch Migranten aus der islamischen Welt – insbesondere der arabisch- und türkisch-islamischen – mangelnde Integrations- und Leistungsbereitschaft in Deutschland. Gleichzeitig sieht er in der höheren Geburtenrate und der anhaltenden Zuwanderung dieser Gruppen deren wachsenden Einfluss auf die Gestaltung der Gesellschaft. Die Kritik an Sarrazins Thesen fiel auch deshalb so heftig aus, weil er diese genetisch zu belegen suchte.

Szenenwechsel: In dem Film *The Day after Tomorrow* von Roland Emmerich aus dem Jahre 2004, der auf sehr drastische Weise die Folgen der Klimakatastrophe schildert, spielt ein schwarzer Obdachloser eine wichtige Nebenrolle. Da er lange auf der Straße gelebt hat, kann er den Helden, die dem Ungemach der Natur trotzen, wichtige Überlebensstipps geben. Der Obdachlose hat einen Hund – und der heißt Buddha. Gewiss haben den Film viele Buddhisten gesehen. Was haben sie wohl gedacht, gefühlt, getan? Soweit man weiß, hat dieser Umstand unter den Buddhisten zu keinen nennenswerten Protesten wegen Verletzung religiöser Gefühle und Diskriminierung geführt. Welche Reaktion dagegen ein Hund namens »Mohammed« wohl ausgelöst hätte, lässt sich leicht ermessen. Dazu sollte

man wissen: Im Sauerland wurde die Besitzerin eines Pferdes, das Mohammed hieß, dringend aufgefordert, den Namen zu ändern, weil damit die religiösen Gefühle der Muslime beleidigt würden. »Geschmacklos und moralisch unzulässig«, »unverschämt«, »eine Beleidigung« waren die Reaktionen islamischer Vereine und Einzelpersonen.

> Hinweis Als eine englische Lehrerin im Sudan auf Vorschlag ihrer siebenjährigen Schüler das Klassenmaskottchen, einen Teddybären, Mohammed nannte, wurde sie wegen Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. > Hinweis

Und noch ein kurzer Blick auf andere Religionsgemeinschaften: In Paris wurde 1996 eine »Buddha-Bar« gegründet, von der es inzwischen Ableger in London, Prag, Sao Paulo, Kiew, Jakarta, Kairo und anderswo gibt. Da Buddha Rauschmittel abgelehnt hat, ist diese Namensgebung besonders geschmacklos. Dennoch gab es nur in Jakarta Proteste gegen die Einrichtung - von islamischen Sittenhütern. Auch Buddhas als lächerliche Figur der Auto- und sonstigen Werbung sind keine Seltenheit. Beleidigte Reaktionen fanatischer Buddhisten sind nicht bekannt. Dabei verehren die Buddhisten den Stifter ihrer Religion nicht weniger als die Muslime. Andere Religionen müssen ebenfalls ertragen, dass ihre Propheten und Gottheiten profanisiert werden. Nach den hinduistischen Göttern Shiva und Brahma werden Hunde, Katzen und sogar Hühner benannt. Jesus oder auch Moses sind häufig Gegenstand despektierlicher Karikaturen. Und in Deutschland ist eine gewisse Respektlosigkeit gegenüber religiösen Autoritäten bis in höchste Kreise verbreitet. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger nannte ihren Hund - eine schwarze Dackelmischung mit weißem Hals - »Dr. Martin Luther«.

In diesem Buch soll nun die Behauptung, Muslime seien Opfer abendländischer Arroganz und

Hegemonialbestrebungen - eine These, die führende Vertreter aller islamischen Richtungen beizeiten für sich reklamieren und dabei von so manchem Nicht-Muslim unterstützt werden - nicht nur kritisch hinterfragt, sondern auch nach den Motiven dieser Wahrnehmung gesucht werden. Denn letztlich geht es bei dieser Frage nicht um Sentimentalitäten. Es geht darum, welche Werte in Zeiten der kulturellen Vielfalt, der Migrationsbewegungen und der Globalisierung für das Zusammenleben in Europa maßgebend sein werden. Um dieser Sache auf den Grund zu gehen, wird es nötig sein, auch einen Blick auf die religiösen Lebensumstände in der islamischen Welt zu werfen. Wie steht es dort um die Werte, die Muslime hinsichtlich ihrer Religion in Europa selbstbewusst für sich einklagen?

Wer behauptet, es sei unakzeptabel, eine Verbindung zwischen der Behandlung von Muslimen in der abendländischen Welt und den nicht-islamischen Religionsgemeinschaften in der islamischen Welt herzustellen, fällt in das Menschenrechtsverständnis der Zeit vor der Aufklärung zurück. Bis zu jener Epoche wurden Menschen- und Freiheitsrechte nur gewährt, wenn es dem Souverän gefiel; universell und einklagbar waren sie nicht. Die Universalität der Menschenrechte, unabhängig von der Großzügigkeit des Souveräns, ist dagegen eine wesentliche Errungenschaft der Aufklärung. Über alle kulturellen Unterschiede hinweg erhielten diese Prinzipien ihre Bedeutung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Ihr gehörten auch zahlreiche islamische Staaten an wie Ägypten, Iran, Irak, Saudi Arabien und Syrien. Daraus ergibt sich zwingend, dass den nicht-islamischen Glaubensgemeinschaften in der islamischen Welt die gleichen Rechte zustehen wie den Muslimen in der

abendländischen. Das kann nicht nur eine abstrakte Forderung am Rande von Staatsbesuchen aus der islamischen Welt und Thema von politischen Talkshows sein, sondern die unbedingte Verpflichtung der Weltgemeinschaft – einschließlich der Muslime.

Eine fundierte kritische Auseinandersetzung mit der Frage nach der Opferrolle schürt weder neue Feindbilder, noch stellt sie eine ganze Religionsgemeinschaft unter Generalverdacht, noch leistet sie intoleranten Ideologien Vorschub. Dieses Rollenverständnis sorgt vielmehr für ein grundlegendes Missverständnis in der gegenwärtigen Debatte um Integration, Multikultur und Toleranz. Es ist ein unüberwindliches Hindernis auf dem Weg zu einem gleichberechtigten, respektvollen Miteinander. So selbstverständlich es sein muss, dem Islam mit Respekt zu begegnen und zu versuchen, ihn aus sich selbst heraus zu verstehen, so wenig darf die Auseinandersetzung mit der sich in Europa rasch ausbreitenden Religion tabuisiert werden, da die Entwicklung durchaus ihre schwierigen Seiten hat. Das Buch sucht deshalb seinen Platz zwischen den Fronten, zwischen den Islamophilen und den Islamophoben. Es lehnt den Islam nicht pauschal ab, aber es widerspricht der weitverbreiteten Meinung, ihn in erster Linie als Opfer zu sehen. Somit bietet das Buch einen eigenständigen Ansatz zum aktuellen gesellschaftlichen Diskurs, der umso leidenschaftlicher geführt wird, je mehr Einfluss der Islam in Europa ausübt.

Kapitel 1

Tragende Werte? Das Abendland und die islamische Welt

Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um das Miteinander verschiedener Kulturen wird besonders hierzulande kontrovers und heftig geführt und droht bisweilen, die eigene Basis, die eigenen Errungenschaften aus dem Auge zu verlieren. Wer von »Werten« redet, macht sich schnell verdächtig, ein Reaktionär zu sein, ein Ewiggestriger, an dem die Herausforderungen einer globalisierten Welt vorübergegangen sind oder der davon so verunsichert ist, dass er sich in die Wagenburg der eigenen Tradition zurückzieht. Wer gar von einer Leitkultur, das heißt von einem verbindlichen gesellschaftlichen Wertekonsens spricht, muss damit rechnen, in die rassistische oder gar die braune, völkische Ecke gedrängt zu werden. Das sind keine Auswüchse einer lebhaften Debatte, es sind weitverbreitete Überzeugungen von öffentlichen Meinungsführern.

Dabei wird pikanterweise häufig übersehen, dass die Debatte über die Leitkultur von einem arabisch-islamischen Migranten angestoßen wurde: Bassam Tibi – und nicht von dem CDU-Politiker Friedrich Merz, wie häufig kolportiert. Tibi, ein Politologieprofessor, der aus einer alten syrisch-islamischen Gelehrtenfamilie stammt, wusste, was er tat: »Mit der Debatte über Leitkultur wurde eine lange überfällige Diskussion über eine bisher tabuisierte Thematik entfacht, die das Land braucht. Die Kritik an der Wertebeliebigkeit *der multikulturellen Gesellschaft* ist der

Hintergrund des von mir geprägten Begriffs der Leitkultur als konsensueller Werteorientierung.« > Hinweis Tibi fordert in dem Zusammenhang eine »kulturelle Moderne«, deren Basis Vernunft, Säkularisierung, Demokratie, Pluralismus und Toleranz sein sollten. Die Reaktionen auf seine Initiative waren nicht gerade ermutigend: »Wie bei anderen Debatten, so auch bei diesem Thema, holten die Kontrahenten von links und rechts ihre Keulen, mit denen sie ihre Gegner k. o. schlagen wollten, heraus, ohne auf die Inhalte des Begriffs »Leitkultur« einzugehen und seine Bedeutung für die Integration zu erkennen.« > Hinweis Unerschrocken an Tibis Seite stellte sich eine weitere Persönlichkeit mit Migrationshintergrund. Die aus der Türkei stammende Rechtsanwältin und Autorin Seyran Ates tritt entschieden dafür ein, sich zu einer Leitkultur zu bekennen: »Der Begriff Leitkultur erzeugt bei vielen Menschen eine extreme, fast aggressive Abwehrhaltung, als sei er ein Angriff auf ihre politisch korrekten Überzeugungen von Liberalität und Toleranz. Ich kann mir diese Überreaktion teilweise erklären, wirklich verstehen kann ich sie nicht. Denn wenn wir über Leitkultur sprechen, sprechen wir über Werte, diskutieren wir über Werte. Es geht dabei um das Entdecken gemeinsamer, transkultureller Werte, um das Gegenteil einer intoleranten, antiliberalen, alles Fremde und andere ausgrenzenden Blut-und-Boden-Ideologie. (...) Wir brauchen eine europäische Leitkultur, an der sich nach Europa zugewanderte, eingewanderte Menschen orientieren können und müssen«, > Hinweis fordert Ates, die sich selbst gern als »Deutschländerin« bezeichnet.

Von Leitkultur spricht auch Michael Schmidt-Salomon, der Geschäftsführer der religionskritischen Giordano-Bruno-Stiftung. Er plädiert für eine »Leitkultur Humanismus und Aufklärung«, die er »jenseits von Fundamentalismus und Beliebigkeit« > Hinweis ansiedelt.

Tatsächlich darf die Auseinandersetzung mit Leitkultur und Werten nicht tabuisiert werden oder Ideologen überlassen bleiben. Im Gegenteil, die Frage muss erlaubt sein, ob Werte an sich etwas Reaktionäres, Rückwärtsgewandtes sind, das abzulehnen ist, weil es keinen Raum für Vielfalt und Toleranz lässt? Oder ob sich die weithin spürbaren Vorbehalte speziell gegen die Werte und Traditionen der abendländischen Welt richten? Doch was ist eigentlich das Abendland?

Das Abendland - eine Begriffsschärfung

Der französische Philosoph Roger-Pol Droit stellt dafür zahlreiche Möglichkeiten zur Disposition: »Ist es ein Ort, eine Region? Europa oder Amerika? Sind es beide? Oder nur die reichen Staaten? Handelt es sich um einen historischen Zeitabschnitt? Oder nur um ein Wirtschaftssystem? Sind es ethische Grundsätze oder ist es eine Religion? Ein Lebensstil oder eine Geisteshaltung? Ist es ein Fluch oder ein Segen?«

> Hinweis Oder noch etwas ganz anderes, nämlich »schon im 18. Jahrhundert ein antiaufklärerischer Kampfbegriff«?

> Hinweis Droit nimmt die definitorische Herausforderung an und bestimmt das Abendland. Als Ausgangspunkt dafür ortet er Athen und das antike Griechenland als den ersten »Grenzmeridian«: »Im Osten trafen die Griechen auf die Perser, den heutigen Iran, die Küste von Kleinasien, die am Mittelmeer gelegenen Gebiete der heutigen Türkei und jenseits des Schwarzen Meeres auf die Ausläufer des Kaukasus und Zentralasiens. Diese Region war für sie das »Morgenland«. Im Westen, auf der Seite, die bald als »Abendland« bezeichnet wurde, befinden sich Italien, Sizilien, Spanien, Gallien, alle Länder, die Griechenland von der anderen Seite des Mittelmeers trennen und die darüber hinaus das Mittelmeer vom Atlantik trennen.« > Hinweis Doch »Abendland« ist weit mehr als ein geografischer Begriff. Erst

Religion, Philosophie, Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und die gesellschaftliche Ordnung charakterisieren den Begriff in seiner Vielfalt. Droit, ein entschiedener Gegner jeder Form von Totalitarismus, bringt seine Definition auf den Punkt, wenn er das Abendland heute als eine »grenzüberschreitende Idee von einer Modernität in konstanter Entwicklung« bezeichnet, »in dem politische und religiöse Macht getrennt sind, in dem grundlegende Freiheiten garantiert und die Gleichheit der Geschlechter beschlossen ist, in dem die Demokratie nicht nur ein Wort ist. (...) Dieses Abendland ist kein Land und auch keine Zivilisation, sondern eine Geisteshaltung - eine, in der der Geist, im Gegensatz zur Sonne, es ablehnt zu ruhen.«

> Hinweis

Bei allen Schattenseiten, auf die später noch eingegangen wird, hat die abendländische Kultur in dem Raum zwischen Mittelmeer, Atlantik und Ostsee grundlegenden Werten den Weg bereitet, die nicht zur Disposition gestellt werden sollten, weil sie die Basis für ein tolerantes und respektvolles Miteinander bilden. Dazu zählt an erster Stelle die Bedeutung des Individuums. Ungeachtet aller Versuche totalitärer Bewegungen - auch im Abendland -, diese Errungenschaften auszuhöhlen, zieht sich der Kampf um die Bedeutung und Achtung des Individuums wie ein roter Faden durch 2500 Jahre abendländische Geschichte. Daraus resultieren Werte wie persönliche und politische Freiheit, Selbstbestimmung, Pluralismus, die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft, soziale Verantwortung, Menschenwürde sowie die unveräußerlichen und durch sich selbst legitimierten Menschenrechte. In der uns bekannten Geschichte hat es keine Kultur gegeben, in der dem Individuum eine solche Bedeutung beigemessen wurde.

Die Wurzeln abendländischer Kultur

Manche Historiker wie beispielsweise Heinrich August Winkler, Emeritus der Humboldt-Universität in Berlin, datieren die Geburt der abendländischen Kultur noch 1000 Jahre früher als die griechische Antike und betrachten den ägyptischen Pharaon Echnaton (Amenophis) im 14. vorchristlichen Jahrhundert als deren Stammvater. Dieser gilt als Begründer des Monotheismus und beeinflusste damit den jüdischen Stammvater Moses, der den Monotheismus über Ägypten hinaus verbreitete. Winkler sieht in diesem kulturhistorisch bemerkenswerten Schritt »einen gewaltigen Schub in Richtung Rationalisierung, Zivilisierung und Intellektualisierung«. > Hinweis Die Betonung des Individuums hat jedoch ihre Wurzeln in der antiken griechischen Kultur. Die mündigen Bürger der *polis*, des alten griechischen Stadtstaats, gestalteten ihre öffentlichen Angelegenheiten selbst – ein Grundsatz, der von der jungen römischen Republik übernommen wurde. Dass es sich bei den »Souveränen« nur um freie Männer gehandelt hat, mag aus heutiger Sicht die Errungenschaften schmälern. Es ändert indes nichts an der Grundidee, wonach die Gemeinschaft von ihren Bürgern zu bilden sei und jeder einzelne mündige Bürger eine eigenständige Rolle gegenüber dem Kollektiv und dessen Autoritäten einnimmt. Feudalismus, Monarchie, Gottesgnadentum und Willkürherrschaft blieben dem Abendland zwar dennoch nicht erspart, aber es gab immer auch die entgegengesetzte Bewegung hin zu verbrieften Rechten und individuellen Freiheiten. Der Philosoph Karl Jaspers sieht in der antiken Polis »den Grund allen abendländischen Freiheitsbewusstseins, sowohl in der Wirklichkeit der Freiheit wie des Freiheitsdenkens.« > Hinweis

Die Individualität wurde in der Antike auch philosophisch begründet. Aristoteles, der einflussreichste Philosoph, war ein entschiedener Verfechter autarker, persönlicher Selbstbestimmung. In der Nikomachischen Ethik, einem seiner Hauptwerke, beschreibt er drei unterschiedliche Lebensformen, die genussorientierte, die politische und die betrachtende. Die erste wird von der Mehrzahl der Menschen praktiziert; dabei geht es nur um die Befriedigung der Bedürfnisse. Aristoteles bezeichnet sie als »sklavenartig«. Die Gebildeteren hingegen wählen die zweite Form, womit Aristoteles nicht im modernen Sinn ein politisches, sondern vielmehr ein öffentliches Leben meint, in dem jeder einzelne Verantwortung für alle gesellschaftlichen Fragen übernimmt. Dabei spielen immaterielle Werte wie Ehre und Tüchtigkeit eine große Rolle. Anhängern dieser Lebensform attestiert der Philosoph jedoch Oberflächlichkeit. Nur eine Minderheit entscheidet sich für die dritte Form, nach Aristoteles die wirklich erstrebenswerte. Für den »betrachtenden«, kontemplativen Menschen steht nur noch der Geist im Mittelpunkt. Wer so lebt, ist eine autarke, das heißt geistig unabhängige und vernunftgeleitete Persönlichkeit. Nur die betrachtende Lebensform führt zur Glückseligkeit (*eudaimonia*), nach Aristoteles das höchste Ziel. Ihre Verfechter benötigen weder eine göttliche Offenbarung noch Gesetze, weil sie selbst alles besitzen. So gesehen, liegen in dieser Ethik bereits die Wurzeln der Säkularisierung, das heißt, der Verbannung des Religiösen ins Private, die seit dem frühen 19. Jahrhundert den Charakter des Abendlandes prägt.

Die Antike ist auch in Sachen Rechtssicherheit und Bildung die Basis für viele der heutigen Errungenschaften. Aus der Zeit von Kaiser Justinian I. im frühen 6. Jahrhundert stammt der Gesetzeskodex Corpus Iuris Civilis, der 529 n. Chr. in Kraft trat. Es war die Zeit, als das Römische Reich im

Westen den Höhepunkt seiner Macht überschritten hatte und sein kultureller Einfluss mehr und mehr zurückging. Mit dem Gesetzeskodex gelang es dem in Konstantinopel regierenden Kaiser, die alten, zerstreuten Rechtstraditionen des römischen Rechts zusammenzufassen und entsprechend der aktuellen Belange zu modernisieren. Der Rechtsstatus der Frauen und Sklaven verbesserte sich im Zuge dessen erheblich. Der Corpus Iuris Civilis hatte seine Bedeutung jedoch nicht nur in der Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern er sollte auch zu einem höchst einflussreichen Werk für die Rechtsgeschichte Europas bis in die Gegenwart hinein werden, schuf er doch die Grundlage für die Herausbildung rechtsstaatlicher Traditionen, die zu den wichtigsten Errungenschaften der Zivilisation gehören. Im Hochmittelalter sorgte insbesondere die Rechtsschule von Bologna für die Rezeption und Verbreitung des Kodexes, der schließlich zur Grundlage der Rechtsprechung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation wurde. Gerade den nicht-privilegierten Schichten wie der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit gewährte der Kodex weit mehr Rechtssicherheit als in außereuropäischen autoritären Gesellschaften üblich. Um sich gegen Willkürherrschaft und Frevel des Adels zur Wehr zu setzen, beriefen sich beispielsweise die Bauern während des Deutschen Bauernkrieges von 1524-1525 auf das alte oder gemeine Recht, eben den Corpus Iuris Civilis. In der Neuzeit beeinflusste der Kodex auch die Rechtspraxis der Preußen, Habsburger und Franzosen, bis sein Geist schließlich Eingang in das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 fand. Somit stehen die rechtsstaatlichen Strukturen Europas in einer eineinhalb Jahrtausende alten juristischen Tradition, eine weltgeschichtlich vermutlich einmalige Kontinuität. Ein weiterer Meilenstein im Kampf um Rechtssicherheit, Freiheit und Achtung des Individuums war die englische

Magna Charta Libertatum von 1215. Damit zwang der Adel den König, rechtlichen Garantien zuzustimmen, die seine Macht begrenzten und auch nicht-feudalen Gruppen einen Schutz vor Willkür sicherten.

Säkularisierung

Die Renaissance, die ihre Wurzeln im 15. Jahrhundert in Italien hatte, verhalf dem antiken Wert der Individualität zu neuer Bedeutung und leitete damit eine allmähliche Schwächung der dominierenden Institutionen von Kirche und Kaiser ein. Obwohl sich ihre Vertreter noch als selbstverständliche Teile der Kirche betrachteten, markierte die Renaissance den Anfang vom Ende der uneingeschränkten Herrschaft des Klerus. Die von Deutschland ausgehende Reformation forcierte zusätzlich dessen Entmachtung. Der Augustinermönch Martin Luther (1483–1546) bestritt nämlich dem Papst das Recht, über den Nachlass der Sünden verfügen zu können. Dies sei allein der Gnade Gottes vorbehalten, nicht guten Taten oder dem weitverbreiteten Ablasshandel. Somit bereiteten Renaissance und Reformation entscheidend den Boden dafür, was sich später als Aufklärung und seit dem 18. Jahrhundert als Säkularisierung vollzog.

Auch politisch hatte die Reformation weitreichende Folgen, wie Winkler ausführt: »Die Reformation war, theologisch gesehen, eine deutsche Revolution, was die politischen Wirkungen angeht, eine angelsächsische. Ohne die Reformation würde es die Vereinigten Staaten von Amerika vermutlich nicht geben. (...) Ohne Luther kein Calvin und ohne die calvinistischen Nonkonformisten nicht das, was man die westliche Demokratie nennt. Calvin war zwar alles andere als ein Demokrat, doch die unterdrückten calvinistischen Minderheiten waren später die Ersten, die in

Nordamerika die Prinzipien der politischen Gleichberechtigung aller Menschen zum Programm erhoben.« > Hinweis 1689, knapp ein halbes Jahrtausend nach der Magna Charta, wurde ebenfalls in Großbritannien die »Bill of Rights« verabschiedet, ein erstes Grundgesetz, das die Kompetenzen des Königs in Friedenszeiten erheblich einschränkte. Die Bill of Rights beeinflusste auch die Verfassung der USA vom 17. September 1787, in die zudem zahlreiche Ideen der europäischen Aufklärung sowie die Gewaltenteilung Eingang fanden. Noch zur Kolonialzeit, am 12. Juni 1776, hatten die nach Unabhängigkeit strebenden Nordamerikaner die »Virginia Declaration of Rights« veröffentlicht, in der die Rechte der Bürger und ihre Beziehungen zur Regierung niedergelegt waren.

Unter dem Eindruck der Epoche des »Sonnenkönigs« Ludwig XIV. (1638–1715), als der Absolutismus seinen Höhepunkt erreicht hatte, entwickelte der Staatstheoretiker und Anti-Monarchist Charles de Secondat Montesquieu (1689–1755) seine modernen Staatstheorien. Interessanterweise nannte er eines seiner frühen Hauptwerke *Persische Briefe*. Darin machen sich zwei fiktive Europa-Reisende aus Persien Gedanken über »Gott und die Welt«. Montesquieus bedeutendster Verdienst ist die Theorie von der Gewaltenteilung, bis heute die Basis demokratischer Gemeinwesen, in der Exekutive, Legislative und Judikative unabhängig voneinander agieren und sich gegenseitig kontrollieren. Montesquieu war mit seinen Werken ein Wegbereiter der Aufklärung, laut Immanuel Kant (1724–1804) »der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit.« Ihre Verfechter glaubten an die Kraft des Verstandes und lehnten alle Traditionen, Normen und Institutionen ab, die nicht durch die Vernunft begründet werden konnten.

Die Französische Revolution beendete schließlich nicht nur die über tausendjährige Feudalherrschaft in Europa, sondern sie schuf auch die Grundlage für die Umsetzung von utopischen Ideen in konkrete politische Reformen. Am 26. August 1789 legte General Marquis de Lafayette, ein Veteran des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges, der französischen Nationalversammlung eine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vor. Gut zwei Jahre später wurde sie in die Verfassung aufgenommen. Darin ist von »natürlichen, unveräußerlichen, heiligen und unantastbaren« Rechten die Rede, deren Erhalt »Ziel jeder politischen Vereinigung« sein muss. Die Ideale der Französischen Revolution inspirierten zahlreiche Dichter und Staatstheoretiker, sodass neue Modelle des Miteinanders diskutiert wurden. Letztlich hat auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 darin ihre Wurzeln.

Ein Kind der Revolution, Kaiser Napoleon Bonaparte, der sich in der Ausübung seiner persönlichen Macht eher am Absolutismus orientierte, blieb in einem Punkt seinen ursprünglichen Idealen treu: Er verfügte die Säkularisierung. Durch sie wurde die Macht der Kirche endgültig gebrochen, Klöster geschlossen, der Klerus enteignet. Der Code Civil Napoleon verstand sich als Fortsetzung des römischen Corpus Iuris Civilis.

Auf die Epoche der Französischen Revolution geht auch die moderne Frauenbewegung zurück. Staatstheoretiker wie Montesquieu, Lafayette oder die amerikanischen Verfassungsväter meinten mit den »Menschen«, deren Rechte sie einklagten, nur freie Männer. Für Frauen und Sklaven waren solche Rechte nicht vorgesehen. Dagegen wandte sich die französische Schriftstellerin Olympe de Gouges (Marie Gouze, 1748–1793). Als Reaktion auf die »Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte« legte sie im

September 1791 die »Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin« vor, die erste universelle Erklärung von Menschenrechten. Darin hieß es unter anderem: »Artikel 04: Freiheit und Gerechtigkeit beruhen darauf, dass dem anderen abgegolten wird, was ihm zusteht. (...)« Leider fanden zu ihrer Zeit die Forderungen wenig Beachtung. Als eine entschiedene Gegnerin der Jakobiner wurde sie im Sommer 1793 verhaftet, zum Tode verurteilt und am 3. November 1793 hingerichtet.

Bildungsideal

Es war das Verdienst der Bildung, die neben technischem und wirtschaftlichem Fortschritt schließlich zu einer anderen Haltung gegenüber fremden Kulturen sowie zu einem neuen Verhältnis der Geschlechter geführt hat. Verkürzt gesagt, eine über eine kleine, privilegierte Schicht hinausgehende allgemeine Bildung bewirkte, dass über die Zeit hinweg rassistische und sexistische Vorurteile immer weiter zurückgedrängt wurden. Es mag wohl kaum überraschen, dass das Bildungsideal seine Wurzeln ebenfalls in der Antike hat, auch wenn es zur allgemeinen Bildung nach unserem heutigen Verständnis noch ein langer Weg war, denn abgesehen vom sozialen Status war für Mädchen im antiken Bildungssystem kein Platz, selbst wenn sie aus gutem Hause kamen.

Paideia lautete der Anspruch der Griechen, von dem der Dichter Menandros sagt: »Ein unverlierbar Gut ist Bildung Sterblichen.« > Hinweis Der Begriff umfasst sehr viel mehr als Wissensvermittlung für Heranwachsende oder junge Erwachsene, wie es heute die Schulen und Universitäten praktizieren. *Paideia* beschreibt die Verbindung von Wissen und Tugend, die zu einem ethischen Handeln führt und die Eigenverantwortung des mündigen Individuums betont. Ein

solcher Prozess umfasst Körper, Geist und Seele, und er hört nie auf. Das Ideal der philosophischen Disputation, bei der ein Lehrer das logische Denken und die Kritikfähigkeit seiner Schüler durch ethisch-intellektuelle Debatten schärft, wurde von allen philosophischen Schulen im antiken Griechenland propagiert. Bildung und Erkenntnis dienten den antiken Griechen – zumindest vom Anspruch – nicht in erster Linie als Vehikel für eine erfolgreiche berufliche Karriere, sondern als Basis für individuelle Verantwortung, die wiederum jeder Form von Selbstbestimmung zugrunde liegt. In Anlehnung an das *Paideia* – Ideal wird Bildung heute als ein allgemeines und unteilbares Gut betrachtet, das nun unabhängig von Geschlecht, Religion, Herkunft und sozialem Status in Anspruch genommen werden kann.

Individualität, gefördert durch Bildung, führt notwendigerweise zur Vielfalt. Da es zum Wesen eines Individuums gehört, sich in seinen Bedürfnissen, Interessen und Neigungen von anderen zu unterscheiden, ist die Gemeinschaft gefordert, dem Rechnung zu tragen und die Balance zu finden zwischen Kollektiv und Individuum. Daraus ist eine pluralistische Gesellschaft entstanden, die dem Einzelnen ein hohes Maß an Gestaltungsmöglichkeit in allen wichtigen Bereichen zugesteht wie dem religiösen Bekenntnis und dessen Praxis, Beruf, Partnerwahl, Freizeitgestaltung, Kleidung, etc. Gleichzeitig werden aber auch die Bedürfnisse der Allgemeinheit nicht aus den Augen verloren. Dazu zählt nicht zuletzt die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Das bedeutet nicht die völlige wirtschaftlich-soziale Nivellierung – deren Umsetzung zu den größten Katastrophen der Menschheitsgeschichte geführt hat, vom Stalinismus über den Maoismus bis hin zu den Roten Khmer in Kambodscha –, sondern ein gesellschaftlicher Konsens, dass auch sozial Schwache von der Gemeinschaft mitgetragen werden und eine Chance auf ein Leben in

Würde bekommen, die mehr ist als nur Almosen empfangen. Dass darum immer wieder gekämpft werden muss, weil unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen ihre Partikularinteressen durchzusetzen versuchen, spricht nicht gegen das abendländische System, sondern entschieden dafür, zeigt es doch seinen lebendigen Charakter und seinen gelebten Pluralismus.

Das abendländische Erbe

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die Basis des abendländischen kulturellen Erbes bildet die griechisch-römische Antike, zu deren Vorläufern auch altägyptische und jüdische Einflüsse gehören. Nach dem Untergang der antiken Welt hat zunächst das Christentum den Kulturraum geprägt, der als Abendland bezeichnet wird. Mit Beginn der Neuzeit wurde dieser Raum jedoch immer vielfältiger. Konkurrierende, ja sich bekämpfende geistesgeschichtliche Strömungen drückten ihm ihren Stempel auf. Dazu zählen die Renaissance und die Reformation, der Absolutismus und die Aufklärung, die Industrielle Revolution und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

So gestalten das Abendland letztlich Menschen, die unterschiedliche Sprachen sprechen, unterschiedlichen Glaubensvorstellungen folgen, unterschiedliche Sitten, Tabus und Gewohnheiten pflegen, aber vereint sind im Bewusstsein eines kollektiven Erbes. Es gibt heute keine Region auf der Erde, in der ein so hohes Maß an individueller Freiheit, persönlicher Selbstbestimmung, politischer Mitgestaltung, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Sicherheit sowie Toleranz gegenüber anderen herrscht wie in der abendländischen Kultur bzw. ihren Ablegern in einigen

der ehemaligen Kolonien. Eine starke Zivilgesellschaft, in der die Rechte des Einzelnen gegenüber dem Kollektiv gewahrt sind, sichert diese Errungenschaften.

Mit anderen Worten: »Prinzipiell bleibt die Fähigkeit zu Selbstkorrektur, Ironie, Skepsis, zur diskursiven Verständigung auch über Tod und Unsterblichkeit, Gottesglauben und Gotteszweifel, vor allem aber zur offenen Debatte ohne Einschüchterung Andersdenkender ein Grundkennzeichen der westlichen Moderne. (...) Satz und Gegensatz, Versuch und Irrtum, der Widerspruch als Lebensmittel - das kann man als das Prinzip Europa definieren.« > Hinweis Das macht die Europäer skeptisch und staatsgläubig zugleich, sie gestehen dem Staat das Gewaltmonopol zu und bestehen auf der Gewaltenteilung; die Gleichheit vor dem Gesetz ist ebenso selbstverständlich wie die soziale Ungleichheit.

Manche Chronisten sprechen schlicht vom »Westen«, wenn sie die abendländische Wertegemeinschaft meinen, und definieren ihn auch über die Abgrenzung, die ihm entgegengebracht wird. So tut es Heinrich August Winkler in einem *Spiegel* - Interview: »Selbst wenn der Westen daran zweifeln würde, dass es ihn gibt - diejenigen, die ihn bekämpfen, nehmen ihn als Einheit wahr.« > Hinweis

Kein Raum für Nationalismus

Für eines lässt die abendländische Kultur keinen Raum, wenn man ihre Werte ernst nimmt: für Nationalismus und nationalen Chauvinismus. Die geistesgeschichtliche Entwicklung Europas hat, wie beschrieben, nicht innerhalb nationaler Grenzen stattgefunden, und sie ist nicht von

Persönlichkeiten angestoßen worden, die ihre nationale oder ethnische Identität betont haben. Insofern ist es unredlich, sie für Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus zu missbrauchen oder gar eine kulturell begründete Überlegenheit und Hegemonialstreben daraus abzuleiten. Nationalistische Parolen und Abgrenzungen im Sinne von »Wir Deutsche«, »Nous, les Français« oder »We Americans« sind Konzepte, die den emanzipativen und aufklärerischen Ideen des Abendlandes entgegenstehen und dazu geführt haben, dass sie immer wieder ausgehöhlt wurden. Nationale Identitäten ebenso wie nationale Grenzen und Abgrenzungen haben etwas Willkürliches und Gefährliches. Falsch verstanden, leisten sie leicht Ausgrenzung und Intoleranz Vorschub, und können somit nicht als erstrebenswerte Perspektive im Ringen um tragende Werte angesehen werden. Der Nationalismus ist, anbei bemerkt, historisch eine sehr viel jüngere Erscheinung, als seine Verfechter glauben. Er geht zurück auf die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, als zahlreiche ethnische Gemeinschaften insbesondere in Osteuropa gegen die Herrschaft der Großreiche Österreich-Ungarn, Russland und Türkei aufbegehrten und dabei ihre Eigenständigkeit betonten. Vor dem Aufkommen des Nationalismus identifizierten sich die Menschen vor allem über ihren sozialen Status und ihre Religion - beide Kriterien haben heute ihre identitätsstiftende Rolle im Abendland weitgehend eingebüßt, denn sie waren mit den Idealen der Aufklärung wie persönliche Freiheit, Gleichheit und Mündigkeit nicht vereinbar - Ideale, die die Französische Revolution zur Grundlage für konkrete politische Aktivitäten machte. Der »Citoyen« wurde zum Subjekt des politischen Gemeinwesens; er war der selbstverantwortlich handelnde Bürger, für dessen Status seine Herkunft, Religion,